

Stellungnahme

Modalitäten für Regelreserve- anbieter gemäß Artikel 18 Abs. 5 – Konsultation BNetzA

Berlin 24. Juli 2018

1. Allgemeine Anmerkungen

Der Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) vertritt mehr als 1800 Unternehmen der Branche in Deutschland. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionalen bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Stromabsatzes in Deutschland.

Der BDEW bedankt sich bei der BNetzA für die Möglichkeit, zum Entwurf für die Festlegung der Modalitäten für die Frequenzhaltungsreserven (FCR) und Frequenzwiederherstellungsreserven (aFRR und mFRR) Stellung zu nehmen.

Da die BNetzA einen Antrag der ÜNB konsultiert, haben sich die ÜNB bei der Erstellung der Stellungnahme im BDEW enthalten.

Der BDEW möchte darauf hinweisen, dass bei derart gravierenden Änderungen des Marktdesigns eine längere Konsultationsfrist eingehalten werden muss. In Deutschland gab es zum 26. April 2018 60 Regelenergieanbieter, die zum großen Teil beim BDEW organisiert sind. Darüber hinaus gibt es weitere Unternehmen, die einen Markteintritt derzeit erwägen. Für eine angemessene Einbindung aller Interessen und einer Bewertung der zahlreichen Anpassungen der zuletzt zum 09. Mai 2018 konsultierten Version, sind zwei Wochen nicht nur sehr ambitioniert, sondern entsprechen nicht den Erwartungen der Branche an eine „behutsame Weiterentwicklung“ des Regelenergiemarkts.

2. Das Wichtigste in Kürze

Bereits im April 2015 hatte der BDEW den Regelenergiemarkt in Deutschland grundlegend analysiert, bewertet und relevante Weiterentwicklungsoptionen geprüft.

Es gilt weiter, dass der Regelenergiemarkt nur eine stützende Funktion hat und der Spotmarkt weiter im Vordergrund stehen muss. Gerade mit Blick auf den geplanten Regelarbeitsmarkt ist wichtig, dass Parallelstrukturen in der Stromerzeugung unbedingt vermieden werden sollten. Grundsätzlich erfordern neue Anbieter, neue Erzeugungsarten sowie die Ausweitung der aktiven Bewirtschaftung robuste Rahmenbedingungen, bei denen neue Entwicklungen adäquat integriert werden.

Zu der am 09. Mai 2018 konsultierten Version der Modalitäten für Regelreserveanbieter hatte der BDEW erhebliche Anpassungsvorschläge gemacht. Der BDEW begrüßt, dass die Netzbetreiber viele Hinweise berücksichtigt haben. Doch gerade weil der Antragsentwurf umfassend überarbeitet wurde, ergibt sich weiterer Klärungsbedarf.

Hervorzuheben ist:

Paragraph 4 20a: Der BDEW sieht nicht, dass es die Aufgabe der ÜNB ist, Entscheidungen über Vergabeausschlüsse zu treffen. Zudem ist nicht nachvollziehbar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll. Hierzu müsste es vorher festgelegte, ganz konkrete Regeln geben. Anbieter sollten im bekannten Rechtsrahmen freie, unternehmerische Entscheidungen zur Preisgestaltung ihrer Gebote treffen dürfen.

Paragraph 38: Weiteren Gesprächsbedarf sieht der BDEW bei der Einführung des Regelarbeitsmarkts. Da in Deutschland ein sehr liquider Intradaymarkt existiert, ist kaum abzusehen, welche Wechselwirkungen sich durch die Überschneidungen mit dem Regelarbeitsmarkt ergeben. Der BDEW sieht folgende Grundsätze bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarktes:

- Der Anbieter muss Arbeitspreise anpassen können und
- er muss abgegebene Arbeitsgebote (leistungspreisfrei) auch komplett wieder löschen können.

Aktuell wird die Ausgestaltung des Regelenergiemarkts durch die Vorgaben der EB GL massiv verändert was mit einer Vielzahl von Konsultationen einhergeht.

So haben die ÜNB die Vorkonsultation zur Weiterentwicklung der Bestimmung der Regelleistungs-IST-Werte von März bis April 2018 durchgeführt. Ergebnisse dieser Vorkonsultation wurden noch nicht veröffentlicht. Es ist daher irritierend, dass nun in den hier konsultierten Modalitäten der BK6 unveränderte Bestandteile der Vorkonsultation aufgenommen wurden (u. a. zum Toleranzbereich), die seitens der BNetzA zu genehmigen sind, obwohl im September 2018 die eigentliche "Haupt"-Konsultation durch die ÜNB erfolgen soll.

3. BDEW Anmerkungen im Detail

Artikel und Überschrift	BDEW Bewertung
Titel I: Allgemeine Bestimmungen	
§ 1 Gegenstand und Geltungsbereich	
§ 2	
§ 3	
§ 4 Beschaffung und Übertragung gem. Art. 18 (5) b) EB-VO	Der BDEW begrüßt, dass die Regelung zur Veröffentlichung der Anbieternamen verworfen wurde.
3i)	Der BDEW sieht Preisobergrenzen für die Abgabe von Angeboten kritisch. Grundsätzlich müssen in Knappheitssituationen auch Spitzen für Ausgleichsenergiepreise zugelassen werden. Dadurch werden Anreize für die eigenständige Bilanzkreisbewirtschaftung an den Spotmärkten gegeben.

	<p>Anbieter von Regelenergie dürfen nicht durch künstliche Gebotsgrenzen vom Regelenergiemarkt ausgeschlossen werden. Nach Auffassung des BDEW steht eine Preisobergrenze den Zielen der Bundesregierung aus dem Strommarktgesetz und der Europäischen Union aus der aktuell verhandelten Strombinnenmarkt-Verordnung grundsätzlich entgegen.</p> <p>Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass bezuschlagte Angebote mit sehr hohen Arbeitspreisen nur bei Knappheit abgerufen werden, da solche Preisspitzen für BKV signifikante finanzielle Auswirkungen beim Einsatz von Ausgleichsenergie haben können.</p>
5	<p>BDEW fordert die Streichung: "Dies gilt auch für Testabrufe gemäß § 33 Abs. (1) Buchstabe b der Modalitäten".</p> <p>Grundsätzlich müssen alle Testabrufe (unabhängig des Regelenergieprodukts) vergütet werden. Eine abweichende Regelung führt zu einer Missbrauchsgefahr des Instrumentes des Testabrufes. Vor diesem Hintergrund müssen Testabrufe in der Bilanzkreisabrechnung berücksichtigt werden.</p>
8	<p>Der BDEW sieht die Regelung sehr kritisch: Eine Zugangsbeschränkung für Anbieter bei Vorliegen von lokalen Netzengpässen ist nicht nachvollziehbar.</p> <p>Letztlich stellt dies ein präventives Redispatchverfahren dar, was nicht den Vorgaben des §13a EnWG sowie den Hinweisen der Beschlusskammer 6 entspricht. Des Weiteren kann es nicht die Aufgabe des Regelenergieanbieters sein, Engpässe beim Netzanschluss oder den Transportwegen bis ins Übertragungsnetz zu eruieren und zu beurteilen. Das muss in einer Abstimmung zwischen Verteilnetzbetreiber (VNB) und Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erfolgen.</p> <p>Es sollte klargestellt werden, dass die Eingriffsmöglichkeiten der VNB nicht über eine grundsätzliche Prüfung netztechnischer Restriktionen im Rahmen der VNB-Erklärung hinausgehen.</p> <p>Zur Vermeidung des unklaren Sachverhaltes zwischen Angebotsabgabe bis Gate Closure Time (GCT) muss die Berücksichtigung des Reserveanbieters mit einem Endzeitpunkt verbunden sein.</p>

	Der BDEW schlägt folgende Änderung vor: „Der Regelreserveanbieter muss bei Angebotsabgabe alle...“
10	<p>Der BDEW schlägt folgende Streichung vor: „... einzustellen. Dabei sind alle Angebote für die einzelnen Produktzeitscheiben des betreffenden Ausschreibungszeitraumes in einem Abgabevorgang als „Angebotspaket“ in die Internetplattform einzustellen. Bei ...“</p> <p>Die Ausführung führt insbesondere bei Anlagen mit einem eingeschränkten Angebotskorridor zu einer Angebotsverknappung, da diese Anlagen nicht mehrere Regelenergieprodukte parallel anbieten können.</p>
15	<p>Der BDEW sieht die Bindefrist von 90 Minuten als zu lang an; insbesondere mit Start der Auktionen in Phase 2 um 08:00 Uhr.</p> <p>Dies führt zu zeitlichen Konflikten mit dem Großhandelsmarkt; das heißt, es wird die Möglichkeit ausgeschlossen, nicht-bezuschlagte Gebote im Großhandelsmarkt wieder anzubieten. Es muss möglich sein, nicht-bezuschlagte Leistungen nach Freigabe anderweitig (z. B. im Minutenreservemarkt oder im Day-Ahead Markt) anzubieten.</p> <p>Der BDEW schlägt eine maximale Bindefrist von 30 Minuten vor.</p>
20a)	<p>Der BDEW schlägt die Streichung vor.</p> <p>Es ist nicht nachvollziehbar, was ein auffälliges preisliches Missverhältnis sein soll. Hierzu müsste es vorher festgelegte, ganz konkrete Regeln geben. Wenn ein Anbieter im Rahmen der erlaubten Grenzen arbeitet, dann sollten die Gebote auch gültig sein.</p> <p>Weiter sieht der BDEW nicht, dass es die Aufgabe der ÜNB ist Entscheidungen über Vergabeausschlüsse zu treffen.</p>
20b)	Der BDEW schlägt vor, dass die Regelung zumindest für beide Seiten möglich sein muss. Absatz b) erlaubt lediglich den ÜNB ein irrtümliches Gebot wieder zurückzuziehen. Dies muss auch den Anbietern ermöglicht werden.

	<p>Im Übrigen ist es nicht sachgerecht, in einem solchen Fall (der ÜNB hat einen irrtümlichen Bedarf veröffentlicht), dass die Vergabe mit den auf Basis des irrtümlichen Bedarfs abgegebenen Geboten erfolgt.</p> <p>Es muss dann einen neuen Aufruf zur Abgabe von Geboten (auf Basis des korrekten Bedarfs) erfolgen.</p>
21	<p>Die Vergabefrist muss konkret festgelegt werden.</p> <p>Der BDEW schlägt eine Vergabefrist von 5 Minuten nach Gate Closure vor.</p>
§ 5	
1	<p>Die Zuordnung von technischen Einheiten zu Reserveeinheiten /-gruppen sollte dynamisch zum Viertelstundenwechsel festgelegt werden können.</p> <p>Eine fixe Festlegung bereits im Rahmen der Präqualifikation führt zu Einschränkungen hinsichtlich der Flexibilität des Maschineneinsatzes.</p>
§ 6	<p>Der BDEW begrüßt, dass die Liste klarer strukturiert wurde.</p> <p>Die geforderten Stammdaten müssen identisch mit den im Rahmen von SO-GL geforderten Daten sein.</p> <p>Anschlussnetzbetreiber (ANB) sollten in den Abrufprozess der Regelreserve einbezogen werden, wenn dieser nicht der anfordernde ÜNB ist. Die einmalige Bestätigungserklärung durch den Anschlussnetzbetreiber reicht hierzu nicht aus, sondern sollte hinsichtlich des Abstimmungsprozesses zwischen ANB und ÜNB im Abruffall erweitert werden.</p> <p>Damit jeder Netzbetreiber die Verantwortung für die Stabilität in seinem eigenen Netz gewährleisten kann, darf es nicht zu unabgestimmten Eingriffen aus benachbarten, vor- oder nachgelagerten Netzen kommen. Hierzu ist ein Koordinationsmechanismus zwischen den Markttrollen erforderlich.</p> <p>In den Modalitäten ist daher aufzunehmen, dass der Abruf der Regelreserve in Abstimmung mit dem ANB unter Berücksichtigung des zwischen ÜNB und VNB abgestimmten Koordinationsmechanismus für Flexibilitätsprozesse erfolgt.</p>

1	<p>Der BDEW sieht die Regelungen kritisch.</p> <p>Die Koordination zwischen VNB und ÜNB kann nicht auf den Anlagenbetreiber bzw. Regelreserveanbieter übertragen werden.</p> <p>Der Regelreserveanbieter soll hier den Anschluss-VNB sowie weitere zwischengelagerte VNB über die Teilnahme am Regelreservemarkt informieren und sich abstimmen.</p> <p>Der BDEW fordert, dass die Netzbetreiber Daten untereinander direkt austauschen. Der Regelreserveanbieter hat dem präqualifizierenden ÜNB hierfür eine Vollmacht und Freigabe bzgl. der Weiterleitung der relevanten Daten auszustellen. Dies ist auch wichtig, um die Informationskaskade der Netzseite nicht zu stören. Die Anbieter würden durch die vorgeschlagenen Vorgaben in die Diskussionen um Informationshoheit der Daten und Systemsicherheit, die aktuell zwischen VNB und ÜNB stattfindet, hineingezogen; dies sollte nicht erfolgen.</p> <p>Der BDEW empfiehlt daher § 6 (1) entsprechend zu streichen.</p>
§ 7	
§ 8	<p>Die PQ-Bedingungen sehen bereits regelmäßige Datenbereitstellung an den ÜNB vor. Zusätzliche Nachweise dürfen nur erforderlich sein, wenn die zusätzlich angeforderten Daten in der regelmäßigen Datenbereitstellung nicht enthalten sind; der ÜNB muss ihre Notwendigkeit begründen.</p>
§ 9	
§ 10	
1	<p>Die Abwicklung der Bilanzkreis Korrektur zwischen ÜNB und Anbieter für die Viertelstunden, in denen ein Abruf erfolgt ist, sollte weiterhin auf Basis der Ist-Werte erfolgen und von den abzurechnenden Mengen getrennt werden.</p> <p>Gemäß dem Beschluss Az. BK6-17-046 der BNetzA zur Regelleistungserbringung durch Letztverbraucher ist mit dem Bilanzkreis der erbringenden Technischen Einheit eine Korrektur auf Basis der Istwerte vorzunehmen. Im</p>

	<p>aktuellen Entwurf zur SRL-Abrechnung ist eine Bilanzkreiskorrektur zwischen ÜNB und Regelleistungsanbieter jedoch auf Basis der abzurechnenden Energiemengen vorgesehen.</p> <p>Hier besteht eine Diskrepanz durch zwei unterschiedliche Methoden der Mengenermittlungen zur Bilanzkreiskorrektur, welche dazu führen kann, dass Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Regelennergieanbieters bestehen bleibt. Durch die Kappung der Abrechnungsmenge auf Basis des Sollwertintegrals der letzten 5 Min. kann es selbst dann zu Ausgleichsenergie im Anbieterbilanzkreis kommen, wenn der Pool korrekt innerhalb des Akzeptanzkanals geliefert hat. Dies stellt für Handelsbilanzkreise ein Problem dar, da diese per Bilanzkreisvertrag immer ausgeglichen sein müssen.</p> <p>Im Sinne einer Gleichbehandlung schlägt der BDEW vor, dass die ÜNB ebenfalls die Istwerte (statt der abrechnungsrelevanten Werte) zur bilanziellen Korrektur heranziehen. Geschieht dies nicht, führt dies zu einem systematischen Erzeugen von Ausgleichsenergie im Bilanzkreis des Anbieters, selbst wenn dieser immer ordnungsgemäß liefert.</p>
§ 11	<p>Der BDEW ist der Meinung, dass die Festlegung auf ein einheitliches Abrechnungssystem <i>für alle Regelzonen</i> anzustreben sei.</p> <p>Kritisch sieht der BDEW die Kombination von den verschiedenen Regelennergiearten auf einer Gutschrift. Dies führt unnötigerweise zu mehr Komplexität und erschwert die Rechnungsprüfung.</p> <p>Die Electricity Balancing Guideline (EB GL) sieht die Einführung von „marginal pricing“ für die Regularbeit vor. Anstatt mit Zwischenschritten die Implementierung komplexer zu machen, sollte möglichst alles in einem Prozess umgestellt werden. Dementsprechend würden wir vorschlagen, „marginal pricing“ bereits jetzt in den Modalitäten zu verankern.</p>
§ 12	<p>Die Leistungspönale sollte nicht über die Pönale im vorangegangenen Vertrag hinausgehen. Es muss gewährleistet sein, dass eine eskalationsbasierte Pönalisierung erfolgt.</p>

	Eine Überpönalisierung würde den deutschen Markt im europäischen Vergleich von Anfang schlechter stellen und somit seine Wettbewerbsfähigkeit schmälern.
7	<p>Der BDEW lehnt die unabhängige Abrechnung von Mehrkosten ab. Soweit die Mehrkosten des ÜNB durch die Pönale gedeckt sind, ist von deren Abrechnung gegenüber dem Anbieter abzusehen. Zweck der Pönale ist es, die Anbieter zur Erbringungstreue anzuhalten und nicht die Netzentgelte allein durch Einnahme von Pönalen zu senken. Die Anreizwirkung durch die Pönale bleibt auch bei Verrechnung mit den Mehrkosten auf ÜNB-Seite weiterhin bestehen.</p> <p>Der ÜNB darf nicht die Möglichkeit haben unbegrenzt Kostenarten unter diesen Punkt zu subsumieren. Insbesondere im Rahmen einer einheitlichen europäischen Regelung müssen die ansetzbaren Kostenarten aufgeführt werden.</p>
3b)	Komplizierte Berechnungsformeln sollten vermieden werden, da sie in einer Leittechnik nicht mehr abbildbar sind und daher auch nicht online überwacht werden können.
3c)	Eine Ausnahmeregelung sollte für den Fall ergänzt werden, dass die Unterbrechung der Datenverbindung auf Grundstücke oder Anlagen der ÜNB zurückzuführen ist.
3d)	<p>Der BDEW befürwortet nicht, dass sobald der zulässige Arbeitsbereich von einem Speicher bzw. einem Anbieter mit begrenztem Energievorrat verlassen wird, dies als nicht vorgehaltene Leistung gilt und pönalisiert wird. Eine Pönalisierung sollte nur dann stattfinden, wenn eine Leistung tatsächlich nicht mehr erbracht werden kann. So lange noch Regelenergie geliefert wird, sollte in diesem Fall auch nicht pönalisiert werden.</p>
4	Eine Kürzung des Leistungsentgelts für die gesamte Viertelstunde ist nicht angemessen, wenn die Verletzung der Vorhaltungspflicht nur kleine Zeitanteile der Viertelstunde betrifft. Eine Kürzung kann sich daher nur auf die mittlere Vorhaltung der Viertelstunde beziehen.
Titel II: Regelartenspezifische Bestimmungen	
Kapitel 1: FCR	

§ 13	
§ 14	
§ 15	
§ 16	
1b)	Zur besseren Lesbarkeit sollte hier der entsprechende Verweis zur Berechnung der Pönale aufgrund der Verletzung der Vorhaltepflcht eingefügt werden.
§ 17	Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergreifende Besicherung möglich sein sollte. Die Einschränkung „in der gleichen Regelzone gelegene“ sollte gestrichen werden.
§ 18	
§ 19	Die Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote sollte anonym erfolgen.
Kapitel 2: aFRR	
§ 20	
§ 21	
§ 22	
§ 23	
§ 24	
1c)	Der BDEW sieht das Thema der Fahrplananmeldung für erbrachte Regelenergie und die im Rahmen der aktuellen Konsultation des Bilanzkreisvertrages vorgeschlagenen Zeit von 10:00 Uhr (kalendertäglich) für die nachträgliche Fahrplananmeldung sehr kritisch. Dies würde bedeuten, dass sich dies nicht mit dem Vorschlag der ÜNB für Modalitäten der Regelenergieanbieter abwickeln ließe. Denn die Regelenergieanbieter haben dann keine Möglichkeit die Abrechnungsmengen der Zeitreihen zu verifizieren und ggf. mit dem ÜNB abzustimmen für den Fall, dass es Abweichungen gibt. Der BDEW empfiehlt sich auch bei den Modalitäten für Regelenergieanbietern an den im Bilanzkreisvertrag geltenden Fristen zu orientieren. Der aktuelle Entwurf des Bilanzkreisvertrags sieht die nachträgliche Fahrplananmeldung bis 16:00 Uhr (werktäglich) vor. Die Fristen

	sollten konsistent bleiben. Dann haben die Regeler- gieanbieter im Rahmen des Fahrplanmanagements aus- reichend Zeit, die Zeitreihen zu verifizieren und mit dem ÜNB abzustimmen, wenn es Abweichungen gibt.
1c)i)	Überfüllungsmengen sollten mit in die Aufzählung auf- genommen werden. Zudem weist der BDEW darauf hin, dass die Abrech- nungsregeln derartig komplex und kleingliedrig sind, so- dass dem Anbieter eine Rechnungsprüfung kaum mehr möglich sein wird.
§ 25	
1c)	Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100€/MWh und einem maximalen Preis von 1.000 €/MWh sieht der BDEW kritisch. Die Beschränkungen würden entweder zu einer Überer- füllung und damit der Einpreisung von Mehrkosten füh- ren, oder dazu, dass der Preis generell im Gebot be- rücksichtigt wird. Ferner werden bereits im aktuellen SRL-Rahmenvertrag (aFRR) in §13 (1-9) umfangreich Vertragsverletzungen mit entsprechenden Vertragsstrafen geregelt (Kürzung Leistungsentgelt, Vertragsstrafe bei Untererfüllung so- wie Weitergabe von nachgewiesenen Mehrkosten). Eine pauschale Pönalisierung insb. in dem geplanten hohen Bereich von 100 – 1.000 €/MWh ist nicht sachgerecht. Ersetzung der Formulierung: „Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittlere- n mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträge, wo- bei ein Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis von 1.000 €/MWh festgesetzt werden, durch einen Auf- schlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertra- ges in Höhe von 20 %. “
§ 26 - Besicherung	Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergrei- fende Besicherung möglich sein sollte, wie auch im Be- schluss BK6-15-158 bereits festgelegt wurde und am 12.07.2019 durch die ÜNB einzuführen ist.
§ 27	

§ 28	<p>Die Veröffentlichung der nicht-bezuschlagten Gebote sollte anonym erfolgen.</p> <p>Wir begrüßen, dass der Vorschlag für eine bessere Transparenz der Regelsalden sorgt.</p>
Kapitel 3: mFRR	
§ 29	
§ 30	
§ 31	
§ 32	
§ 33	
1b)	<p>Jeder Abruf, auch ein Testabruf, muss mit dem vom Regelennergieanbieter gebotenen Arbeitspreis vergütet werden.</p> <p>Der Anbieter kann nicht beurteilen, ob es sich nur um einen Testabruf oder um einen realen Abruf gehandelt hat.</p>
§ 34	
1c)	<p>Die Ermittlung der Höhe der Vertragsstrafe auf Basis des Arbeitspreises mit einem minimalen Preis von 100 €/MWh und einem maximalen Preis von 1.000 €/MWh sieht der BDEW kritisch.</p> <p>Die Beschränkungen würden entweder zu einer Übererfüllung und damit der Einpreisung von Mehrkosten führen, oder dazu, dass der Preis generell im Gebot berücksichtigt wird.</p> <p>Ferner werden bereits im aktuellen SRL-Rahmenvertrag (aFRR) in §13 (1-9) umfangreich Vertragsverletzungen mit entsprechenden Vertragsstrafen geregelt (Kürzung Leistungsentgelt, Vertragsstrafe bei Untererfüllung sowie Weitergabe von nachgewiesenen Mehrkosten). Eine pauschale Pönalisierung insb. in dem geplanten hohen Bereich von 100 – 1.000 €/MWh ist nicht sachgerecht.</p> <p>Ersetzung der Formulierung: „Untererfüllungsleistung des jeweiligen Einzelvertrags multipliziert mit dem mittleren mengengewichteten Arbeitspreis der auf Basis des Summen-Sollwertes (DE) aktivierten Einzelverträge, wobei ein Mindestpreis von 100 €/MWh und Höchstpreis</p>

	von 1.000 €/MWh festgesetzt werden durch einen Aufschlag auf den Arbeitspreis des betroffenen Vertrages in Höhe von 20 %.
2	Der BDEW sieht ein pragmatisches Verfahren als erforderlich. Auch die ÜNB sind vor allem telefonisch erreichbar, z. B. bei Wartungsarbeiten des MOLS-Servers, um gleiche Bedingungen für ÜNB und Marktteilnehmer zu ermöglichen.
§ 35	Der BDEW schlägt vor, dass eine LFR-Zonen übergreifende Besicherung möglich sein sollte, wie auch im Beschluss BK6-15-159 bereits festgelegt wurde und durch die ÜNB zum 12.07.2019 einzuführen ist.
§ 36	
§ 37	Wir begrüßen, dass der Vorschlag für eine bessere Transparenz der Regelsalden sorgt.
Titel III: Regelarbeitsmarkt	
§ 38	Der BDEW bestätigt folgende Grundsätze bis zum Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarktes: 1) Der Anbieter muss Arbeitspreise anpassen können und 2) er muss abgegebene Arbeitsgebote (leistungspreisfrei) auch komplett wieder löschen können.
1	Bei einer Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren sollten die Arbeitspreise der Gebote im Arbeitsmarkt nur noch nach unten angepasst werden dürfen. Um eine Verzerrung im Arbeitsmarkt zu vermeiden, sollten nach der Leistungsauktion nur die Leistungspreise veröffentlicht werden. Erst nach Handelsschluss des Regelarbeitsmarkts können die erzielten Arbeitspreise veröffentlicht werden.
8	Für eine Übergangsphase bis zu den Beschaffungsplattformen MARI und PICASSO kann die Vergabe nach dem Zuschlagswertverfahren erfolgen. In diesem Fall sollten auch Gebote mit einem Zuschlag für Regelleistung an die Anbieter zurückgegeben werden, wenn der Arbeitspreis höher ist als das letzte zur Deckung des ursprünglichen Bedarfs benötigte Gebot. Ohne das Zuschlagswertverfahren sollten nur leistungspreisfreie Gebote zurückgegeben werden können. Eine

	<p>Rückgabe von Geboten mit Zuschlag für Regelleistung führt zu einer Entwertung der Auktion für Regelleistung.</p> <p>Aus der EB GL ergibt sich, dass die Arbeitspreise nach der Leistungskontrahierung völlig frei angepasst werden dürfen. Somit würde eine Befreiung der Gebote für Regelleistung zu einem kontraproduktiven Anreiz auf dem Markt führen. Man könnte die Leistungskontrahierung mit einem niedrigen Arbeitspreis gewinnen. Diesen wiederum könnte man frei bis zum Beginn des Regelarbeitsmarktes anpassen, also auch exorbitant erhöhen, womit sichergestellt wäre, dass man aus der Merit Order gedrückt wird. Daraus ergibt sich die Möglichkeit darauf zu spekulieren, dass das Gebot wieder freigesetzt wird. Damit würde die Leistungskontrahierung im Grunde bedeutungslos werden.</p> <p>Für einen funktionsfähigen EOM ist es essentiell, dass keine Kapazität zurückgehalten und damit der Markt künstlich verzerrt wird. Dies muss auch für die Beschaffung von Regelenergie gelten.</p>
Titel IV: Übergangs- und Schlussbestimmungen	
§ 39	
1	<p>Es besteht keine Pflicht bereits vor Go-live der Standardplattformen die Einführung des Regelarbeitsmarktes in Deutschland zu forcieren.</p> <p>Hinzukommend ist dieser nicht geeignet, um neue Anbieter an den Markt zu führen (zu große Zeitscheiben). Der Mehrwert ist also deutlich begrenzt, die Wechselwirkungen mit dem Intraday-Markt sind nicht bekannt und die Liquidität ebenso.</p> <p>Der BDEW empfiehlt daher dringend zu überdenken, ob eine Zwischenlösung tatsächlich notwendig ist – diese verursacht erhebliche IT-Kosten für die Anbieter und Netzbetreiber.</p>
Anhang A	<p>Im Rahmen der direkten Aktivierung sollte nicht nur die Aktivierungsrampe, sondern auch die Deaktivierungsrampe bei der Ermittlung der abzurechnenden Energie berücksichtigt werden.</p> <p>Untererfüllung: Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum im Fall einer</p>

	Unterfüllung auch die Vergütung für die vor der von der Untererfüllung betroffenen Viertelstunde reduziert werden soll.
Anhang B	<p>Produktwechsel:</p> <p>Grundsätzlich führt das beschriebene Verfahren bei der Umsetzung zu einem erheblichen Mehraufwand (dynamische Ermittlung des Wendepunktes, Berücksichtigung von Gebotspreisen des vergangenen Produkts, zusätzliche Viertelstunden für die Abrechnung). Deshalb ist zu prüfen, ob eine vereinfachte Vorgehensweise angestrebt werden soll. Z. B. für den Fall, dass der Anbieter im neuen Produkt keinen Zuschlag erhalten hat, gelten fünf Minuten nach Produktwechsel weiterhin die „alten“ Preise.</p> <p>Im Rahmen der beispielhaften Abrechnung (zuteilbare Akzeptanzmengen, Einzelvertragsanteile) werden lediglich Beispiele mit positiver SRL verwendet. Im Rahmen der Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit der mathematischen Formeln und des methodischen Verständnisses wären auch beispielhafte Darstellungen für negative SRL sinnvoll. Aufgrund der Änderungen zur Vorkonsultation (Ermittlung von zwei Gradienten) wäre es hilfreich, eine geänderte Excel-Beispieldatei, welche die gezeigten Beispiele abbildet, für zusätzliches Verständnis auf regelleistung.net zu veröffentlichen.</p>
Anhang C	<p>Der BDEW empfiehlt einen Abgleich des gesamten Anhangs C mit dem Marktstammdatenregister (MaStR).</p> <p>Nach § 6 Abs. 2 a) müssen die Regelreserveanbieter sämtliche Daten des Anhangs C im Rahmen des PQ-Verfahrens bereitstellen. Diverse in Anhang C geforderte Daten sind bereits aus dem MaStR zu entnehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb erneut bürokratischer Aufwand und damit Kosten erzeugt werden, indem die im MaStR enthaltenen Stammdaten nochmals an die ÜNB zu melden sind.</p>
Anhang D	
Grundsätzliches	<p>Eine Überschneidung der GCT von FCR und aFRR muss unbedingt verhindert werden. Nach derzeitigem Stand ist sowohl die GCT für FCR als auch für aFRR zukünftig auf D-1 08:00 Uhr angesetzt. Es wird den An-</p>

	<p>bietern somit die Möglichkeit genommen, nicht-bezuschlagte Gebote in der FCR anschließend in der aFRR anzubieten. Aus BDEW-Sicht ist dies eine nicht sachgerechte Einschränkung. Die Ausschreibungen sollten entsprechend der Produktwertigkeiten zeitlich gestaffelt (und mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf) erfolgen. Sie müssen mindestens zwei Stunden vor der Day-Ahead-Auktion stattfinden</p>
	<p>Akzeptanzkanal und Toleranzbereich in Anhang B sind sehr eng gefasst. Daher sollten die Vertragsstrafen deutlich abgeschwächt werden.</p> <p>Um hohe Arbeitspreise nicht zu diskriminieren, sollte eine einheitliche Pönalisierung für alle Anbieter gelten.</p>
	<p>Die ÜNB lehnen einen Sekundärmarkt u. a. mit Verweis auf geringe Liquidität bei kurzen 4-Stunden-Zeitscheiben ab.</p> <p>Der BDEW hat im April 2015 bereits erläutert, dass ein Sekundärmarkt vielversprechende positive Auswirkungen hätte. Die Möglichkeit die Einführung offen zu lassen, wird jedoch leider nicht aktiv angegangen.</p>

Ansprechpartner:

Marcel Steinbach
Telefon: +49 30 300199-1550
marcel.steinbach@bdew.de

Natalie Lob
Telefon: +49 30 300199-1561
natalie.lob@bdew.de